



Menschlichkeit mit Folgen

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie **diesen** Apotheker 4-5

Der Apotheker Jonny Neumann (links) mit dem syrischen Flüchtling Hanna Aljarada, für den er gebürgt hat, in Berlin-Hellersdorf Foto: Christian Mang

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Susi und Elke heißen die beiden neuen Hai-Weibchen im Aquarium des Berliner Zoos. Die beiden 6 und 20 Jahre alten Schwarzspitzen-Riffhaie kamen bereits am vergangenen Mittwoch mit einem Spezialtransport aus Leipzig nach Berlin, wie der Zoo am Montag mitteilte. Sie leben nun unter anderem mit den beiden Artgenossen Hugo (20) und Heike (4). Die Zusammenführung sei vollkommen harmonisch verlaufen, hieß es. Susi und Elke hätten sich bereits integriert und die freiheitlich-hierarchische Grundordnung des Flossenrechts angenommen. Zur Belohnung gab es für beide reichlich

Begrüßungsfisch.

Ausgabe Berlin
Nr. 11838
€ 2,30 Ausland
€ 1,80 Deutschland



20604

Die taz wird ermöglicht durch

18.649

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22 kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
 taz
 Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

www.taz.de

I believe he can fall

Der R&B-Sänger R. Kelly schien unantastbar. Jetzt zeitigt eine Doku erste Wirkungen. Darin kommen Frauen zu Wort, die ihn des Missbrauchs beschuldigen

13

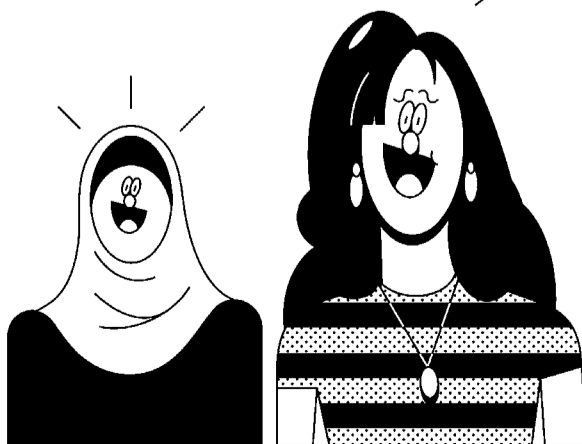
Rauschgiftskandal: Wahrheit distanziert sich von Autor

Eine spezielle Software weist nach: Der beliebte Wahrheit-Autor Thomas Gsella soll viele seiner Gedichte unter Alkoholeinfluss geschrieben haben

20



10YearsChallenge
von Sebastian Schwamm



14

Kommentar von Dinah Riese zu Zahlungsaufforderungen an Menschen, die für Geflüchtete gebürgt haben

Das Chaos belastet die Falschen

Einundzwanzig Millionen Euro. Diese Summe fordern Jobcenter in ganz Deutschland dieser Tage von Menschen zurück, die Verpflichtungserklärungen für Geflüchtete aus Syrien unterschrieben haben.

Wer sich für eine Bürgschaft entscheidet, darf nicht überrascht sein, wenn sie oder er tatsächlich mit entsprechenden Forderungen konfrontiert wird – könnte man meinen. Wenn diese Menschen aber falsch beraten wurden und die Rechtslage unklar war, dann darf dieses Chaos nicht zulasten von Privatpersonen gehen. Und genau das ist in vielen Fällen der Fall.

Das Hauptproblem ist aber viel grundsätzlicher. Mehr als 2.200 Menschen sind im Jahr 2018 bei der Flucht über das Mittelmeer ertrunken. Dass es nicht noch mehr sind, liegt auch an den Schiffen privater Seenotretter. Deren Arbeit schätze sie, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel im vergangenen Sommer. Sie hätten „unglaublich vielen Menschen das Leben gerettet“.

Doch nicht nur werden diese Rettungsmissionen seit Monaten von europäischen Ländern bedrängt, weil niemand die Verantwortung für die Geretteten übernehmen will. Die europäische Asylpolitik drängt diese Menschen überhaupt erst aufs Meer. Denn legale

und somit sichere Wege, etwa nach Deutschland zu kommen und hier Asyl zu beantragen, gibt es kaum.

Wer vor Krieg und Zerstörung aus Syrien flieht, tut das auf jedem möglichen Weg. Damit Menschen direkt mit dem Flugzeug nach Deutschland kommen und hier Asyl beantragen können, braucht es oftmals Verpflichtungserklärungen. Es müssen also wiederum hier lebende Privatpersonen ihr privates Vermögen einsetzen. Das Recht auf Leben wird so abermals zu einer Frage des Geldes: Wer Freunde hat, die zahlen können, überlebt. Für den Großteil kommt das gar nicht in Frage.

Doch selbst dieser Weg steht immer weniger Menschen offen. Erstens werden die Landesaufnahmeprogramme nach und nach eingestellt. Und zweitens dürfte das politische Fiasco rund um die Verpflichtungserklärungen viele potenzielle Bürg*innen abgeschreckt haben. Fünf Jahre Lebensunterhalt – das müssen Familienangehörige, Nachbar*innen, Freunde erst mal aufbringen können, ohne ihre Existenz bedroht zu sehen.

An der verzweifelten Lage derer, die fliehen müssen, ändert das nichts. Und so ist leider nicht zu erwarten, dass wir zivile Seenotrettung in absehbarer Zeit nicht mehr brauchen werden.